

«Für das Ja gibt es zwei Bedingungen»

SVP-Fraktionschef Caspar Baader (56) will Bonisteuer-Motionen wieder vom Tisch haben

INTERVIEW: RUEDI STUDER, Bern

Der Ständerat hat dem UBS-Vertrag gestern zugestimmt, aber auch zwei Bonisteuer-Motionen überwiesen. Die SVP ist weiterhin bereit, dem Staatsvertrag unter Bedingungen zuzustimmen, wie SVP-Fraktionschef Caspar Baader (56) sagt.

BaZ: Herr Baader, wird die SVP auch bald schon den EU-Beitritt befürworten?
CASPAR BAADER: Ich weiss nicht, wieso Sie diese Frage stellen. Sie wissen genau, dass die SVP gegen einen EU-Beitritt ist.

Die SVP hat auch den Staatsvertrag lange kategorisch abgelehnt und wird diesem nun wohl auch im Nationalrat zustimmen. Ein Kehrtwende mehr würde da nicht mehr überraschen.

Dieser Staatsvertrag ist und bleibt rechtswidrig. Unsere Beurteilung ist aber, dass der Staatsvertrag im Parlament so oder so angenommen wird. Entweder von der Mitte zusammen mit der Linken oder von der Mitte zusammen mit uns. Im ersten Fall hätten wir zusätzlich zum schlechten Staatsvertrag noch eine neue Unternehmenssteuer und keinerlei Massnahmen getroffen, um zu verhindern, dass der Bundesrat in Zukunft wieder einen derartigen Vertrag abschliessen kann.

Und fahren politisch Slalom?

Das hat nichts mit Slalom zu tun, sondern mit einer sauberen Beurteilung und Interessenabwägung. Wir entscheiden uns für das geringere Übel. Würden wir weiter auf Ablehnung pochen, bekäme dieses Land eine neue Unternehmenssteuer.

Die von Ihnen bekämpften Pläne zielen auf ein paar wenige Topmanager mit übermässigen Millionenboni. Damit wird die SVP zur Beschützerin der Ospels, Wufflis und Dougans.

Überhaupt nicht! Der Begriff Bonisteuer ist ein Etikettenschwindel. Der Bundesrat und die SP wollen die geplante Steuer gar nicht bei den Boni-Empfängern erheben, sondern den Unternehmungen zusätzliche Steuern aufbürden. Das ist ein untaugliches Mittel, um Boni-Exzesse zu verhindern, weil die Topmanager selbst weiterhin über die Höhe ihrer Boni entscheiden können und einfach zusätzlich noch diese Steuern aus der Firmenkasse zahlen – zulasten der Aktionäre, die weniger Dividende erhalten. Das ist höchstens eine neue Einnahmequelle für den Staat.

Dann gehen für Sie hohe Bonizahlungen in Ordnung?

Leistungsabhängige Vergütungen sind nicht per se schlecht. Wenn aber Boni bezahlt werden, müssen diese längerfristig – beispielsweise fünf



Kleineres Übel. Caspar Baader wird dem UBS-Staatsvertrag allenfalls zustimmen – «allerdings mit Zähneknirschen». Foto Key

Jahre – auf ein Sperrkonto einbezahlt werden. Macht eine Unternehmung in dieser Zeit Verluste, sind diese primär über diese Boni zu decken. Damit stehen die Manager für allfällige Fehler in der Verantwortung.

Also keine Bonibegrenzung?

Sicher keine staatliche. Vielmehr muss das Aktionariat an der jährlichen Generalversammlung über die Vergütungen abstimmen können. Dafür braucht es nun rasch eine entsprechende Aktienrechtsrevision. Zurück zum Staatsvertrag: Die SVP möchte diesen dem Referendum unterstellen. Weshalb?

Mit diesem Erlass wird geltendes Recht ausser Kraft gesetzt. Deshalb muss er dem Referendum unterstellt werden.

Daran hält die SVP bis am Schluss fest? Selbst in der Differenzvereinbarung?

Für unser Ja müssen zwei Bedingungen erfüllt werden: Erstens muss die

so genannte Bonisteuer vom Tisch sein und zweitens muss das Parlament den beiden Motionen zustimmen, der einen zur Lösung der Too-big-to-fail-Problematik und der andern für eine Gesetzesänderung, damit der Bundesrat nicht mehr im Alleingang solche Staatsverträge abschliessen kann. Voraussetzung dafür ist, dass der Bundesrat die entsprechenden Motionen der Wirtschaftskommission vorgängig behandelt.

Dieser wird an seiner heutigen Sitzung darüber befinden. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat gestern bereits «Wohllollen» signalisiert.

Werden unsere Bedingungen nächste Woche vom Parlament erfüllt, stimmen wir dem Staatsvertrag zu. Allerdings mit Zähneknirschen. Sollten diese Bedingungen jedoch durch die zwei vom Ständerat angenommenen Bonisteuer-Motionen unterlau-

fen werden, lehnen wir den Staatsvertrag ab, weil das Parlament damit zum Ausdruck bringt, dass es die von der Linken geforderte neue Unternehmenssteuer will. Sonst haben wir den Staatsvertrag und die neue Steuer!

Sie lassen sich mit Absichtserklärungen abspesen?

Eine Garantie gibt es in der Politik nie, aber wir werden mit Nachdruck auf der Umsetzung unserer beiden Motionen beharren.

Man hat aber doch den Eindruck: Beim Bankgeheimnis bröckelt nun auch das bisherige Bollwerk SVP.

Nein, wir wollen keinen gläsernen Bürger und werden uns weiter für das Bankkündengeheimnis einsetzen und die neuen Doppelbesteuerungsabkommen ablehnen.

Und gegen diese dann auch das Referendum ergreifen?

Das lasse ich noch offen.

Parlament fordert mehr Mitsprache bei Staatsverträgen

EINMISCHUNG. Neben einer Revision des Aktienrechts zur Lösung der Too-big-to-fail-Problematik macht die SVP ihr Ja zum Staatsvertrag mit den USA von einer weiteren Bedingung abhängig: Der Bundesrat solle künftig Staatsverträge von ähnlicher Bedeutung nicht mehr im Alleingang abschliessen können, sagt SVP-Fraktionschef Caspar Baader (Interview oben). Am Montag steht ein Vorstoss auf der Traktandenliste des Nationalrats, der genau dies fordert: Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben der Grossen Kammer will den Bundesrat verpflichten, klare Rechtsgrundlagen für den Abschluss völkerrechtlicher Ver-

träge zu schaffen. «Es gilt zu verhindern», argumentiert die Kommission, «dass sich eine analoge Situation wie beim UBS-Amtshilfeabkommen mit den USA wiederholen kann, bei welcher das Parlament einen vom Bundesrat abgeschlossenen Vertrag im Nachhinein genehmigen muss.»

ZUSTIMMUNG. Insbesondere pocht die Kommission darauf, dass die vorbereitenden Kommissionen von National- und Ständerat vorgängig ihre Zustimmung geben müssen, bevor der Bundesrat solche Verträge vorläufig anwenden will. Ein ähnlicher Vorstoss ist im Ständerat hängig. mfu

nachrichten

Schweizer Polizisten begleiten WM-Fans

BERN. Neun Schweizer Polizeibeamte werden ihre südafrikanischen Kollegen während der Fussball-Weltmeisterschaft unterstützen. Bei den Beamten handelt es sich um professionelle Szenekenner – sogenannte Spotter. Hauptaufgabe der Polizisten ist es, die Schweizer Fans zu führen, den Dialog mit ihnen zu pflegen und nötigenfalls schlichtend einzugreifen. SDA

Kompromiss bei AHV-Revision in Sicht

BERN. Im Ringen um die 11. AHV-Revision unternimmt der Ständerat einen neuen Versuch, mit dem Nationalrat einen Kompromiss zu finden. Er nimmt Vorschläge von Sozialminister Didier Burkhalter auf und will Frührentenleistungen gezielt abfedern. Ziel des Kompromissvorschlages ist es, die Linke ins Boot zu holen. SP und Grüne wollen die – bereits beschlossene – Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre nur unter der Bedingung akzeptieren, dass Frührentenleistungen für einkommensschwache Personen abgebildert werden. SDA

Schengen-Infosystem viel teurer als erwartet

LUXEMBURG. Bittere Pille für die EU und die Schweiz: Die Entwicklung des Schengen-Informationssystems SIS II verschlingt statt 15,5 Millionen über 143 Millionen Euro. Die Empörung beim gestrigen Treffen der Innenminister war gross. Die österreichische Innenministerin Maria Fekter sprach von «Missmanagement». SDA



Kein Zustupf für Kinderkrippen

BERN. Der Nationalrat will für das laufende Jahr kein zusätzliches Geld in Kinderkrippen stecken. Er hat die dafür nötigen 32,15 Millionen Franken abgelehnt. Insgesamt hiess er gestern zum Budget 2010 Zusatz- und Nachtragskredite von 253 Millionen Franken gut. Darunter sind 40 Millionen für die Aufstockung der Betriebsabgeltung für die Bahninfrastrukturen. Um 4,9 Millionen Franken aufgestockt wird das Budget der Vollzugsstelle für den Zivildienst, die wegen der gestiegenen Zahl Zivildienstler mehr Geld braucht. SDA

Schwerpunktspitäler gefordert

ZÜRICH. Kantönligeist, Ineffizienz und Reformunwilligkeit kosten das Schweizer Gesundheitswesen jährlich um die 4,5 Milliarden Franken. Dies sagten Fachleute des Beratungsunternehmens PriceWaterhouseCoopers (PWC) gestern in Zürich vor den Medien. Nötig wäre laut PWC eine grossräumigere Planung. Schwerpunktspitäler etwa sollten Regionen über die Kantons-grenzen hinweg versorgen. SDA

Genfer Gewerkschafter aus Haft entlassen

GENÈVE. Der Genfer Unia-Gewerkschafter Murad Akincilar ist gestern in der Türkei auf dem Gefängnis entlassen worden. Er war seit Ende September in Haft. Der Gerichtstermin wurde auf den 26. Juni festgesetzt, wie die Gewerkschaft Unia mitteilte. Dem in Genf lebenden, aus der Türkei stammenden Gewerkschafter Akincilar werden Verbindungen zu terroristischen Organisationen vorgeworfen. SDA

Ständeräte wollen Meister Isegrim auf den Pelz rücken

STEFAN BOSS

Der Ständerat gilt gemeinhin als «chambre de réflexion». In einer Debatte über eine Motion von Ratsmitglied Jean-René Fournier am Mittwoch erwies er sich aber als «chambre des émotions». Der Grund für einen Schlagabtausch waren nicht Lohnexzesse von Bankern oder Steuererleichterungen für Superreiche – es ging um Raubtiere, die viel grössere Flurschäden anrichten: die Wölfe. Meister Isegrim hat im Wallis offenbar ganze Landstriche erobert

und steht schon vor den Toren der Kantonshauptstadt Sitten. Diesen Eindruck konnte jedenfalls gewinnen, wer der Diskussion folgte. Motionär Fournier, der früher bei der UBS Karriere machte und in der Armee den Rang eines Majors der Gebirgsinfanterie bekleidet, bliess zum

grossen Halali: «Der Wolf ist in der Schweiz seit einigen Jahren nicht mehr nur als Einzelgänger, sondern auch in Meuten präsent», sagte der Walliser CVP-Ständerat. Er forderte deshalb, das Raubtier in der Schweiz wieder zur Jagd freizugeben. Zu gross seien die Schäden, die Wölfe an Schafherden anrichten. Als Walliser Regierungsrat hatte «der Gouverneur», wie der Mann in seiner Heimat genannt wird, einen Wolf zum Abschluss freigegeben und danach ausstopfen lassen und in sein Büro gestellt.

ANIMALISCH. Der Bündner Ständerat Theo Maissen, der die Schweiz im Parlament des Europarats vertritt und also mit Menschenrechtsfragen vertraut ist, stimmte ihm zu: «Die Wölfe greifen an den Weichteilen und an den Eingeweiden an und dann verenden die Schafe kläglich», heulte er mit den Wölfen. «Das passt einfach irgendwie auch nicht in unseren Tierschutzgedanken hinein», fügte er laut dem offiziellen Wortprotokoll hinzu. Nur schade, dass die Wölfe das Tierschutzgesetz nicht lesen. Bundesrat Moritz Leuenberger empfahl, die Motion abzulehnen. Er ver-

suchte, die Diskussion mit Humor zu nehmen: «Wir haben den Wolf nicht gerufen; er ist eingewandert und hat sich nicht im richtigen Flüchtlingszentrum gemeldet.»

MENSCHLICH. In der Motion werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen, leistete der grüne Ständerat Robert Cramer dem Umweltminister Schützenhilfe. Der Genfer Politiker begrüsste es aber, dass das Stöckli nicht bloss über Banken und Krankenkassen diskutiere. Das Reden über Tiere mache den Ständerat ein wenig menschlicher, wollte er wohl sagen. Die Mehrheit hielt es aber mit dem Glarner This Jenny: Wenn es von etwas zu viel gebe, müsse man «Remederschaffen», forderte er. «Mäuse, Tauben in den Städten, Dachse in Wohngebieten, all das kann zur Plage werden», erklärte er. Genauso sei es auch mit dem Wolf. Der Rat folgte dieser Argumentation und nahm die Motion mit 18 gegen 13 Stimmen an. Nun ist die Grosse Kammer am Zug. Wölfe gibt es übrigens rund 15 bis 20 in der Schweiz. Ständeräte sind es gut doppelt so viele. Nach dieser Debatte kam sich manch einer unter ihnen vor wie durch den Wolf gedreht – erledigt!



Der Wolf. Er ist gefräßig – und hält sich nicht ans Tierschutzgesetz. Foto Key